



**Landesvertretung
Akademischer
Mittelbau Sachsen**



PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, 10.10.22

Hand in Hand für ein besseres Hochschulgesetz

Studierende und Dozierende kämpfen gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen

Die Interessensgruppen an den Sächsischen Hochschulen sind sich einig: Sowohl die Studierenden als auch die Beschäftigten fordern im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen Verbesserungen im Entwurf zum neuen sächsischen Hochschulgesetz. Dazu positionieren sich nun die Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS) als verfasste Studierendenvertretung, die Landesvertretung des Akademischen Mittelbaus Sachsen (LAMS) sowie die Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) gemeinsam und rufen zu Protesten auf. Am Montag, dem 17.10. wird dazu zusammen mit dem Bündnis aus Partei- und Gewerkschaftsjugenden "Revolution Studium" zu Demonstrationen in Dresden und Leipzig aufgerufen.

Sabine Giese, Sprecherin der KSS, erklärt dazu: „Uns Studierenden ist klar: Gute Lehre bekommen wir nur durch gute Arbeitsbedingungen! In vielen Bereichen müssen die Dozierenden viel zu viele Studierende betreuen. Dadurch bleibt kaum Zeit zur individuellen Unterstützung oder um neue Schwerpunkte auszuarbeiten. Außerdem müssen unsere Dozierenden durch die kurzen Befristungszeiten ihrer Verträge häufig den Arbeitsplatz wechseln, sodass eine persönliche Betreuung von Anfang bis Ende unseres Studiums unmöglich wird. Hier muss sich gesetzlich etwas ändern - und zwar schnell!“

Diese Forderungen teilen auch die Dozierenden und wissenschaftlich Beschäftigten selbst: **Mathias Kuhnt, Sprecher der LAMS**, ergänzt: „Durch die Bewegung 'Ich bin Hanna' wurde bereits öffentlich mehr Licht auf die prekären Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen geworfen und der Bund sowie die Länder haben erklärt, Missstände bei den Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen beheben zu wollen. Jetzt ist es an der Zeit, dass den Worten Taten folgen. Dazu gehören nicht nur Änderungen im Wissenschaftszeitvertragsgesetz, sondern auch das Land Sachsen ist hier ganz konkret gefragt. Beispielsweise muss eine Beschäftigung als Juniorprofessor*in zwingend an eine anschließende Dauerbeschäftigung im Falle des Erreichens vereinbarter Ziele gebunden werden.“

Die Landesvertretungen der Studierenden und wissenschaftlich Beschäftigten werden hierbei auch von gewerkschaftlicher Seite unterstützt. **Uschi Kruse, Landesvorsitzende der GEW Sachsen** beurteilt erste Lösungsansätze im Gesetz: „Die mangelhafte Personalstruktur ist fatal für die Qualität von Studium und Lehre. Insofern begrüßen wir, dass die Staatsregierung mit dem neuen Hochschulgesetz eine Anstellung von Lektoren und Lektorinnen an den Hochschulen ermöglichen will. Wichtig wird aber sein, dass die Politik auch konkrete Vorgaben macht, wie hoch die Lehrbelastung für diese Lehrenden sein darf. Als GEW schlagen wir maximal zwölf Semesterwochenstunden vor. Wir sind überzeugt, dass so eine hohe Qualität in der Lehre erreicht und zugleich ausreichend Studienplätze geschaffen werden können.“

Olaf Broszeit, stv. Landesfachbereichsleiter Fachbereich Gesundheit, Soziales, Bildung, Wissenschaft für Sachsen/Sachsen-Anhalt und Thüringen, wirft abschließend einen Blick auf die Beschäftigungsverhältnisse von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften: „Es ist positiv, dass die Regierungsparteien Mindestlaufzeiten für Verträge von Hilfskräften einführen wollen. Das ersetzt jedoch keinesfalls einen Tarifvertrag. Alarmierend ist, dass Hilfskräfte zukünftig auch in der Verwaltung eingesetzt werden sollen. Das ist keine studiennahe Tätigkeit sondern schlicht und einfach Tarifflicht. Statt die Hochschulen angemessen auszustatten, wird hier Flickschusterei auf dem Rücken von Studierenden betrieben.“

*Um auf die notwendigen Anpassungen aufmerksam zu machen, rufen die Interessensvertretungen und Gewerkschaften in Sachsen dazu auf, dem Bündnis "Revolution Studium" zu folgen. Dieses veranstaltet zu diesem Thema am Freitag, dem **14.10. um 13 Uhr**, an der Uni Leipzig eine "Podiumsdiskussion zum neuen Hochschulgesetz - mit denen, die es betrifft" sowie **Demonstrationen am Montag, dem 17.10. um 13 Uhr** auf dem **Campus der Uni Leipzig** und **um 16 Uhr** vor der **Staatskanzlei in Dresden**. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.*